Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hrsg. v. Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, eingel. und bearb. von Ralf Possekel. Akademie-Verlag, Berlin 1998. 424 S.

Schon der erste Band des hier in den Blick genommenen Projektes, der eine ganze Reihe einschlägiger Studien versammelt, stellt eine bemerkenswerte, durch den differenzierten Umgang mit einer schwierigen Thematik bestechende wissenschaftliche Leistung dar.[1] Nunmehr liegt der erste Dokumentenband vor – der, das sei vorweg festgestellt, das hohe Niveau des vorangegangenen Bandes vollauf hält.

Mit seinem knappen Vorwort (S. 7–13) repräsentiert Lutz Niethammer zunächst das deutsch-russische Herausgebergremium. Niethammer verdeutlicht die Auswahlkriterien und die Rahmenbedingungen des Unternehmens: Einerseits ermöglichte die Zusammenarbeit mit russischen Archiven erstmals den umfassenden Zugriff auf einschlägige Materialien ehemals sowjetischer Provenienz, andererseits verweist Niethammer auf die im Rahmen der schwankenden russischen Archivpolitik noch immer bestehenden Zugangsbeschränkungen. Gleichwohl sind die Herausgeber zu der Auffassung gelangt, „daß die gewonnene Dokumentensammlung alle relevanten Entscheidungen der sowjetischen Führung zur Lagerpolitik in Deutschland dokumentiert" (S. 11). Dies erscheint durchaus plausibel, zumal der noch immer weitgehend unzugängliche Bestand der Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) infolge der Unzuständigkeit der SMAD für die Speziallager wenig entscheidend Neues enthalten dürfte.

Die hohe Qualität des vorliegenden Dokumentenbandes ist in erster Linie Ralf Possekel zu verdanken, der nicht nur die Zusammenstellung und Übersetzung der edierten Unterlagen wesentlich getragen hat, sondern der auch die instruktive und durchdachte Einleitung verfaßt hat (S. 15–110). Diese darf wohl als die derzeit bestinformierte Darstellung der sowjetischen Lagerpolitik in Deutschland gelten. Von besonderer Bedeutung ist, daß Possekel klar macht, daß letztere sehr viel stärker als bisher als das Ergebnis des Zusammen-, teilweise auch des Gegeneinanderwirkens unterschiedlicher Institutionen und Akteure des sowjetischen Systems (Geheimdienste, Ministerien, SMAD, Politbüro der KPdSU) zu sehen ist, daß also bei einer differenzierten Betrachtung nicht mehr einfach von „Moskau", „dem Kreml" oder „Stalin" als *dem* Verantwortlichem gesprochen werden kann. Grundsätzlich ist jedoch erkennbar, daß die Änderungen in der Lagerpolitik im großen und ganzen den „Konjunkturen" der sowjetischen Deutschlandpolitik insgesamt folgten, daß also die Gesamtverantwortung unzweideutig den obersten Führungsgremien der UdSSR zufiel (S. 18ff.). Possekel zeigt außerdem, daß die umfassenden Internierungen deutscher Zivilpersonen aus politischen und Sicherheitsgründen sowie deren teilweise Heranziehung zum Arbeitseinsatz als Reparationsleistung zunächst durchaus im Einklang mit dem Vorgehen der Westalliierten geschahen – daß sich jedoch der weitere Umgang mit den Inhaftierten dann in den westlichen Besatzungszonen und in der SBZ völlig anders entwickelte. Insbesondere lagen der sowjetischen Inhaftierungspraxis zu keinem Zeitpunkt Maßstäbe

[1] Vgl. die Rezension in NASG 69/1998, S. 250–252.

zugrunde, die mit den rechtsstaatlichen Prinzipien der USA und Großbritanniens vergleichbar gewesen wären (S. 24ff.). Possekel informiert weiterhin über die einzelnen Phasen der sowjetischen Lagerpolitik. Die Grundentscheidung über das Schicksal der Speziallager-Häftlinge fiel Mitte April 1945, als das Staatliche Verteidigungskomitee der Sowjetunion die Einstellung der bisherigen Deportation Verhafteter in die Sowjetunion beschloß. Die möglichen Begründungen für weitere Verhaftungen blieben jedoch äußerst dehnbar, was den zuständigen sowjetischen Geheimdiensten weiterhin so gut wie vollkommene Freiheit ließ (S. 49ff.). Seit dem 10. Mai 1945 datiert dann die Entstehung des eigentlichen Speziallager-Komplexes in der SBZ, welcher unter der direkten Kontrolle des Geheimdienstes NKVD blieb, also nicht in das bestehende sowjetische System der Kriegsgefangenen- und Internierungslager integriert wurde. Possekel legt schlüssig dar, wie Ansätze zu einer Überprüfung der Haftgründe und infolgedessen wenigstens zur Entlassung eines Teils der Lagerinsassen – wie sie von den Westalliierten vorgenommen wurde – vor dem Hintergrund der in der Sowjetunion üblichen Internierungspraxis und in Anbetracht eines letztlich fehlenden geschlossenen Konzeptes für den weiteren Umgang mit den deutschen Internierten folgenlos blieben. In der Unklarheit der Vorstellungen auf sowjetischer Seite und zugleich den dort ausgetragenen Kompetenzstreitigkeiten sieht Possekel den Hauptgrund dafür, daß zwischen Ende 1946 und Sommer 1948 in der sowjetischen Lagerpolitik Stillstand herrschte – was dazu führte, daß vor allem im Rahmen der allgemeinen Versorgungskrise des Winters 1946/47 zehntausende Menschen in den Speziallagern zugrunde gingen (S. 73 ff.). Hinsichtlich den früheren Mutmaßungen über eine explizite Vernichtungsabsicht der sowjetischen Verantwortlichen gegenüber den deutschen Häftlingen kommt Possekel zu dem wichtigen und überzeugend begründeten Schluß, daß „das große Elend der Speziallager-Häftlinge 1946/47 [..] keinem formulierten politischen Willen [entsprang], sondern [es] breitete sich als Wirkung eines politischen Vakuums aus, in dem die Lagerfrage zwischen den nachgeordneten Verwaltungen herumgeschoben wurde, derweil die Lager sich selbst überlassen blieben." (S. 109). Wer einen gewissen Einblick in die neuerdings in der Forschung aufgezeigten Diskontinuitäten und die Lückenhaftigkeit der sowjetischen Besatzungspolitik der ersten Nachkriegsphase in Deutschland hat, dem fällt es leicht, sich dieser Sicht anzuschließen. Zu größeren Entlassungen kam es erst im Sommer 1948, die verbliebenen Häftlinge wurden jedoch so wenig wie bisher im Rahmen rechtsstaatlicher Verfahren überprüft (S. 87 ff.). Als die letzten etwa 10 000 von ihnen Anfang 1950 von sowjetischer Seite den Organen der inzwischen gegründeten DDR übergeben wurden, inszenierte diese die Farce der „Waldheimer Prozesse", deren vollkommene juristische Unhaltbarkeit Possekel im letzten Teil seiner Einleitung noch einmal skizziert (S. 97 ff.).

Der Einleitung folgt der eigentliche Dokumententeil (S. 111ff.), in dem in chronologischer Ordnung insgesamt 123 einschlägige Quellen aus russischen Archiven versammelt sind. Alle Dokumente sind in deutscher Übersetzung und – mit einer Ausnahme – in ihrem vollständigen Wortlaut mit den üblichen Angaben zur archivalischen Überlieferung wiedergegeben. Der kritische Apparat erläutert Namen, Begriffe und Zusammenhänge. Die Benutzung wird zudem durch ein Personenregister sowie Kurzbiographien zu den wichtigsten Beteiligten auf sowjetischer Seite erleichtert. In den Dokumenten selbst werden dann die wesentlichen Entscheidungen der Besatzungsmacht nachvollziehbar, so zum Beispiel die unklaren Verhaftungsmaßstäbe. Unter anderem blieb es den sowjetischen Sicher-

heitsorganen überlassen, was sie gemäß des grundlegenden NKVD-Befehls Nr. 00315 vom 11. Januar 1945 unter „aktiven Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei" verstanden (Nr. 20, S. 178ff.). Das Grauen der Lagerrealität wird in den vorgelegten Dokumenten kaum sichtbar – das ist aber auch nicht die Absicht des Bandes, der auf politische Hintergründe und Zusammenhänge zielt. Freilich wird manches erahnbar, so wenn der Leser nüchternen Zahlenkolonnen entnimmt, daß seitens der Lagerverwaltung im Dezember 1946 von über 74 000 Häftlingen nur noch rund 25 000 als „arbeitstauglich" eingestuft wurden (Nr. 61, S. 267) oder wenn im Juli 1947 für den Zeitraum seit Mitte 1945 über 31 000 Todesfälle ausgewiesen werden (Nr. 73, S. 291).

Insgesamt handelt es sich bei dem vorliegenden Band um einen Teil eines wichtigen und notwendigen Dokumentationsprojektes, das wissenschaftlich und editorisch allen Ansprüchen gerecht wird und das künftig für jede Auseinandersetzung mit der behandelten Thematik die unverzichtbare Grundlage sein wird.

Dresden Winfrid Halder

Peter Schurmann, Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung. Domowina-Verlag, Bautzen 1998. 337 S., 2 Karten (= Schriften des Sorbischen Instituts, Bd. 18)

Die Monographie ist aus einer 1997 an der Freien Universität Berlin abgeschlossenen Dissertation hervorgegangen. Sie gibt erstmals einen Gesamtüberblick über die sorbische Bewegung, Gremien und Konzepte nach 1945 und baut damit eingangs benannte Forschungsdefizite und unangemessen starre Bewertungsschemata ab. Dazu zählt der Verfasser gern als „wendischer Nachkriegsseparatismus" abqualifizierte Konzepte und Denkschriften, das in der DDR in ein Fortschritts-Reaktion-Paradigma gepreßte komplizierte Verhältnis von Domowina, Nationalausschuß/-rat und bislang kaum beachtetem Slawischen Ausschuß sowie die zum Teil unterschiedlichen Entwicklungswege in der sächsischen Ober- und der provinzbrandenburgischen Niederlausitz. Damit sind die Schwerpunkte der vorliegenden Monographie benannt.

Ihr erstes Kapitel befaßt sich mit der Sorbenfrage in den Nachkriegsplänen seit 1942, mit der Lage der sorbischen Bevölkerung bei Kriegsende 1945 und mit den sich wieder- bzw. neuformierenden Interessengremien: dem zunächst am 9. Mai 1945 in Prag entstehenden Lausitz-sorbischen Nationalausschuß und der in Crostwitz bei Bautzen am 10. Mai 1945 erneuerten Domowina, die auf ein seit Januar entstandenes Vertrauensleutenetz des Komitees Lausitzer Sorben zurückgreifen konnte und von der Bautzener Militäradministration rasch zugelassen wurde – was keineswegs den sonstigen Gepflogenheiten im Umgang mit solch mehr oder weniger spontan entstandenen Basisausschüssen entsprach. Dieses recht knapp bemessene Kapitel weist auch in anderer Hinsicht höchst aufschlußreiche Befunde auf. Für die Aktivisten der sorbischen Bewegung stellte das Ende des Krieges und des NS-Regimes eindeutig einen Akt der Befreiung, des Neubeginns und des Schutzes der kulturell-ethnischen Gruppe der Lausitzer Sorben dar. Freilich – und das erklärt, warum diese Neuansätze zunächst kaum über Prag und die sächsische Oberlausitz hinausreichten – übersahen sie, daß sich eine Mehrheit der Sorben dem NS-System angepaßt hatte, einen hohen Grad nomineller NSDAP-Mitgliedschaft